

DAS BESTE FÜR UNSER SACHSEN.

Programm zur Landtagswahl 2024



**BÜNDNIS
DEUTSCHLAND**

SACHSEN





FREIHEIT.

WOHLSTAND.

SICHERHEIT.

Inhalt

BÜNDNIS DEUTSCHLAND – Für Sachsens Zukunft	1
Kapitel 1 – Für freiheitliche und rechtsstaatliche Politik	2
Für Meinungsfreiheit und demokratische Debattenkultur	2
Für Selbstverantwortung und Selbstverwirklichung	2
Für eine Politik ohne ideologische Zwänge	2
Für eine rechtskonforme und tragfähige Asylpolitik	3
Für den Schutz von Freiheitsrechten auch in Krisenzeiten	4
Kapitel 2 – Für ein sicheres Sachsen	5
Für einen entschlossenen handelnden Rechtsstaat	5
Für sichere Grenzen	5
Für einen zukunftsfähigen Bevölkerungsschutz	5
Für eine starke Landespolizei	6
Für das Ermöglichen eines schnellen Abschlusses bei Strafverfahren	8
Für eine konsequente Ausschöpfung von Strafmaßen	8
Kapitel 3 – Für ein lebenswertes Sachsen	10
Für unsere Heimat und Kulturregion	10
Für eine Politik, die Familien und Kinder fördert	10
Für eine Politik, die die Lebensleistung von Senioren würdigt	11
Für eine Senkung von Steuerbelastungen	12
Für Eigentum, Bauen und Wohnen	12
Für eine gute medizinische Versorgung in Stadt und Land	13
Für ein Sachsen der Mobilität	14
Für ein Sachsen der Digitalisierung	15
Für ein Sachsen des Sports	16
Für Tier-, Natur- und Verbraucherschutz	16
Für einen schlanken und effizienten Staat	17
Kapitel 4 – Für exzellente Bildungsperspektiven	19
Für ein Bildungswesen, das auch international an der Spitze ist	19
Für ein leistungsgerechtes Bildungswesen	20
Für ein zukunftsorientiertes Bildungswesen	21
Für einen starken Universitäts- und Forschungsstandort Sachsen	22
Für ein Bildungswesen ohne ideologische Instrumentalisierung	22

Kapitel 5 – Für eine kraftvolle Wirtschaft und einen starken Mittelstand 23

Für eine zukunftsfähige Arbeitsmarkt- und Standortpolitik	23
Für die Zukunft unseres Mittelstands	24
Für eine prosperierende Landwirtschaft	24
Für bezahlbare und sichere Energie	25

Kapitel 6 – Für stabile Finanzen und nachhaltiges Haushalten 26

Für sinnvolle Investitionen und Schuldentilgung	26
Für Transparenz im Haushalt	26
Für kommunale Eigenständigkeit	26
Für effiziente und zielgerichtete Förderprogramme	27
Für eine Überprüfung von Unternehmensbeteiligungen und Subventionen	27
Für eine effektive Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Betrug	27

BÜNDNIS DEUTSCHLAND – Für Sachsens Zukunft

Im politischen Spektrum klappt eine Lücke. BÜNDNIS DEUTSCHLAND tritt an, diese Lücke zu schließen. Bereits unser Name ist dabei Teil unseres Programms: Als Bündnis möchten wir alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenbringen, die zum Wohle unseres Landes für eine verlässliche, freiheitliche und wertebasierte Politik eintreten und die für eine verfehlte Politik verantwortlichen Parteien nicht länger unterstützen wollen. Unsere Politik ist dabei vor allem von drei Zielen geleitet: Freiheit, Wohlstand und Sicherheit.

Unser Antrieb ist Verantwortungsbewusstsein gegenüber unserer Gesellschaft. Mut, Kreativität, Ideen und Lösungssuche sind unser Gegenprogramm zu einer „Verwaltungs-Regierung“. Die Bürger müssen sich wieder darauf verlassen können, dass sie die Politik erhalten, für die die gewählten Parteien angetreten sind. Wir möchten Sachsens Wählern ein freiheitlich-konservatives Politikangebot machen. Die Antwort auf die zunehmende Dominanz linker Politik liegt nicht in einer Duldung rechtsradikaler Tendenzen, sondern in einer Rückkehr zu bürgerlicher Vernunft und Sachlichkeit.

Seit dem erzwungenen Rücktritt von Kurt Biedenkopf ist aus dem Aufsteiger-Freistaat Sachsen zunehmend ein ideenloses, verkrustetes Mittelklasse-Land geworden. Die Regierung versucht, durch Spaltung der Gesellschaft ihre Schlechtleistung zu vertuschen. BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird den notwendigen Kurswechsel einleiten.

Damit wir unser Wahlprogramm für Sachsen umsetzen können, bitten wir um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme. „Glück auf!“



Kapitel 1 – Für freiheitliche und rechtsstaatliche Politik

Für Meinungsfreiheit und demokratische Debattenkultur

- In einer pluralistischen Gesellschaft ist es völlig normal, dass es unterschiedliche Standpunkte zu bestimmten Themen gibt. Mehr als die Hälfte der Deutschen traut sich nach einer INSA-Umfrage aus 2023 jedoch nicht mehr, die eigene Meinung frei zu äußern.
- Wir stehen für eine respektvolle demokratische Debattenkultur, die auch Überzeugungen und Weltbilder aushält, die nicht dem vorherrschenden Mainstream entsprechen.
- Ausgrenzung und Diffamierung dürfen nicht an die Stelle des offenen und freien Meinungsaustauschs treten.
- Argumente sollten aufgrund ihres Inhalts, nicht aufgrund ihres Absenders, beurteilt werden.

Für Selbstverantwortung und Selbstverwirklichung

- Der Versuch, alle Lebensbereiche der Bürger immer tiefgreifender über Gesetze und Vorschriften zu regeln, zeugt von fehlendem Vertrauen in die Freiheit der Bürger. Im Gegenzug wird auch das Vertrauen der Bürger in den Staat beschädigt.
- Wir stehen für einen schlanken Staat, der es nicht als seine Aufgabe versteht, das Leben der Bürger immer stärker zu regulieren.
- Statt eines „Supernanny-Staats“, der seine Bürger wie ein Erzieher oder eine Gouvernante behandelt, stehen wir für eine Politik der Selbstverwirklichung und Selbstverantwortung.

Für eine Politik ohne ideologische Zwänge

- Vielfalt und Toleranz bedeuten nicht das Einfordern einer vermeintlich richtigen Einheitsmeinung.
- Niemand kann Menschen dazu zwingen, die eigene Wahrnehmung der Realität oder sogar objektive Wahrheiten zugunsten einer vom Gegenüber erwünschten Selbst-Wahrnehmung zu unterdrücken - wie beispielsweise durch das Selbstbestimmungsgesetz beabsichtigt. Eine solche Politik ist mit den Prinzipien individueller Freiheit nicht vereinbar.

- Ein Rechtsstaat basiert auf der Herrschaft des Rechts, nicht auf der Herrschaft der Moral.
- Menschen sollten sich nicht ausschließlich auf ihre Gruppenzugehörigkeit wie Geschlecht, Herkunft oder Religion konzentrieren, da dies dem Gedanken der Aufklärung widerspricht, dass alle Menschen gleich sind und die gleichen Rechte haben.
- Statt immer kleinteiligere Gruppeninteressen zu betonen, stehen wir für eine Politik, die sich auf die universellen Werte unseres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats besinnt.

Für Chancengleichheit statt Ergebnisgleichheit

- Gleichberechtigung ist von Gleichstellung zu unterscheiden. Während Gleichberechtigung Chancengleichheit bedeutet, bedeutet Gleichstellung Ergebnisgleichheit unter Ignoranz oder gar Missachtung gleicher Chancen.
- Geschlechterquoten und Paritätsforderungen führen zu einer vom Grundgesetz ausdrücklich untersagten Bevorzugung und Benachteiligung aufgrund des Geschlechts. Sie sind diskriminierend, zementieren gesellschaftliche Vorurteile und lenken von Sachpolitik ab.
- Wir stehen für eine Politik, bei der Menschen unabhängig von Geschlecht oder sonstigen persönlichen Merkmalen aufgrund ihrer Leistungen und Fähigkeiten beurteilt werden.

Für eine rechtskonforme und tragfähige Asylpolitik

- BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich für ein Asylrecht ein, das konsequent Anwendung findet und Missbrauch beendet. Hierzu gehört die konsequente Abweisung von Asylanträgen nach Artikel 16a Grundgesetz und dem Dublin-III-Abkommen.
- Wir befürworten die Durchsetzung des Sachleistungsprinzips und begrüßen die sachsenweite einheitliche Etablierung einer Bezahlkarte für Asylbewerber, Flüchtlinge und Geduldete ohne Bargeldauszahlung. Sie kann auch helfen, ein Sozialleistungshopping zu vermeiden. Keine Leistung ohne Gegenleistung.
- Bei rechtskräftig abgelehnten Asylanträgen und bei Mitwirkungsversäumnissen stehen wir für eine konsequente Anwendung des § 1a AsylbLG zur Kürzung von Sozialleistungen.

- Wir fordern beschleunigte Asylverfahren, um Kosten zu reduzieren und Gerichte zu entlasten.
- Wir fordern schnellere Abschiebeverfahren und die konsequente Durchführung von Abschiebungen, analog den nordischen Ländern. Hierzu müssen wo nötig Verfahren und Vorschriften vereinfacht und die zusätzlichen Mittel zur Durchsetzung bereitgestellt werden.
- Wir fordern mehr Anreize zur Ausreise. Bei Wiedereinreise muss Dublin III greifen (Aufnahme maximal ins erste EU-Land).

Für den Schutz von Freiheitsrechten auch in Krisenzeiten

- Die Bürger müssen sich auch in Krisenzeiten auf ihren Rechtsstaat verlassen können. Dazu gehört der Schutz ihrer Freiheit. Die Begrenzung von Bewegungsräumen, das Verbot von Versammlungen und der Eingriff in die körperliche Unversehrtheit soll auch als Konsequenz und Fehleranalyse zur Corona-Pandemie nie wieder möglich sein. Wir vertrauen den Bürgern, sich selbst optimal zu schützen. Wir setzen auf Vernunft und Aufklärung statt Ausgrenzung.
- Wir wenden uns strikt gegen jegliche Form von Denunziationsportalen. Schon der Blick in unsere Geschichte verbietet das.
- Es ist Aufgabe der Justiz und der Medien, auch den Staat und seine Behörden zu kontrollieren und gegebenenfalls auch gegen staatliches Handeln zu intervenieren.
- Eine ehrliche und transparente Aufarbeitung von Krisen wie der Corona-Pandemie mitsamt den politischen Maßnahmen ist unerlässlich. Wir fordern diese Aufarbeitung aktiv ein.

Kapitel 2 – Für ein sicheres Sachsen

Für einen entschlossen handelnden Rechtsstaat

- Der Rechtsstaat ist Garant unseres freiheitlichen und sicheren Zusammenlebens.
- Wo Deeskalation an ihre Grenzen tritt, muss der Rechtsstaat Recht und Ordnung mit der nötigen Härte behaupten.
- Wir nehmen nicht hin, dass der Rechtsstaat den öffentlichen Raum preisgibt, weder für islamistische Freiheitsfeinde noch für sonstige extremistische Gruppen.
- Eine Bagatellisierung von Straftaten als “Aktivismus” ist nicht hilfreich. Auch zivilgesellschaftlicher Protest muss die Regeln des Rechtsstaats achten.

Für sichere Grenzen

- BÜNDNIS DEUTSCHLAND erteilt illegaler Migration eine klare Absage. Der Zustrom illegal – meist unter Missbrauch des Asylrechts – Eingereister bedroht Sicherheit, Stabilität, Finanzen und den Zusammenhalt der europäischen Staaten. Die Regeln des Dublin III-Abkommen müssen umgehend wieder gelten. Auf unser Europaprogramm „Grenzen setzen – Europa erneuern“ verweisen wir hier zusätzlich.
- Wo ein hinreichender Grenzschutz nicht anders gewährleistet werden kann, kann die vorübergehende Wiedereinführung stationärer Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen einen notwendigen Beitrag zum Kontrollerhalt leisten.
- Zurückweisungen an den Binnengrenzen sollten unter den rechtlichen Bedingungen, nach denen sie erlaubt sind, konsequent erfolgen. Sie können zur dringend notwendigen Stabilisierung der deutschen Asylpolitik beitragen.

Für einen zukunftsfähigen Bevölkerungsschutz

- Damit die Gesellschaft auf reale Krisen und Katastrophen gut vorbereitet ist, müssen Verantwortungsträger die Voraussetzungen für einen zuverlässigen Bevölkerungsschutz schaffen. Hierzu gehört ebenfalls eine angemessene Vorbereitung im Sinne der Zivilen Verteidigung.

- Wir wollen die personelle und materielle Situation im Bevölkerungsschutz durch die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen verbessern, Fortbildungsmöglichkeiten für Krisenstäbe fördern und durch Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit dazu beitragen, dass die Menschen besser informiert werden, was in Krisenfällen nötig ist.
- Wir stehen für den flächendeckenden Erhalt der Freiwilligen Feuerwehren sowie Verbesserung von deren Ausstattung und Aufwandsentschädigung für Einsätze in Höhe von 50 Euro und auch für Bereitschaftstage (25 Euro).
- Da der Schutz der Bevölkerung nur zu leisten ist, wenn auch der Bund seiner Verantwortung gerecht wird, muss der notwendige Beitrag der Bundesregierung aktiv durch den Freistaat Sachsen eingefordert werden.

Für eine starke Landespolizei

Gesellschaftlichen Rückhalt der Polizei stärken

- Unsere Polizei verdient unser vollständiges Vertrauen und Rückhalt für ein angemessenes und verhältnismäßiges Vorgehen. Für diesen Rückhalt müssen wir in der Gesellschaft einfordern. Floskeln reichen hierzu nicht aus.
- Pauschale Vorwürfe gegen unsere Polizei beeinträchtigen die Arbeitsmoral im Polizeidienst und führen schlimmstenfalls zu Rechts- und Handlungsunsicherheit.
- Die Polizei ist wie jede andere große Organisation ein Spiegelbild der Gesellschaft. Vereinzelt auftretende Verhaltensfehler und polizeiinterne Missstände sind transparent und konsequent aufzuarbeiten. Das sichert die Handlungsfähigkeit und das notwendige Vertrauen in unsere Polizei.
- Die überdurchschnittlich hohe, steigende Ausländerkriminalität ist als Problem beim Namen zu nennen. Dies gilt insbesondere für die Clan-, Banden- und Jugendkriminalität.

Fortsetzung der Einstellungsoffensive für unsere Landespolizei

- BÜNDNIS DEUTSCHLAND begrüßt, dass der Freistaat Sachsen mit einer Einstellungsoffensive im Polizeidienst die Personalsituation der Polizei weiter verbessert. Ein Schönrechnen von Zahlen lehnen wir ab.
- Überzogene Einstellungshürden müssen fallen.
- Reviere müssen wieder dezentralisiert werden, damit die Polizei schneller am Verbrechensort ist und eine bessere Präsenz zeigen kann.

Entlastung unserer Landespolizei zugunsten ihres Kernauftrags

- BÜNDNIS DEUTSCHLAND sieht Verbesserungspotential bei der Entlastung der Polizei. Sie muss den ihr gemäß Polizeigesetz vorgegebenen Kernauftrag wahrnehmen können. Bürokratieabbau und effiziente Einsatzplanung tragen hierzu bei.
- Zur Entlastung unserer Polizei ist auch eine Aufgabenkritik notwendig, was unsere Polizei leisten soll und was sie mit dem vorhandenen Personal leisten kann. Die Begleitung von Gefahrguttransporten kann zum Beispiel delegiert werden – ebenso die Aufnahme von Bagatellunfällen.

Erfahrene Führungskräfte für unsere Landespolizei

- Wir fördern Aufstiegs- und Entwicklungschancen zur Gewinnung qualifizierter Führungskräfte für unsere Landespolizei.
- Wir wollen Aufstiegsmöglichkeiten in den gehobenen Dienst erleichtern und damit Personal mit Erfahrungswissen im Polizeidienst halten.
- Wir fördern den Quereinsteiger nach dem Prinzip der Bestenauslese. Für die Verwendung als Vorgesetzte in einem Erfahrungsberuf sehen wir ein ausreichendes Maß an Lebens- und Berufserfahrung als notwendige Voraussetzung an.

Handlungssicherheit unserer Landespolizei stärken

- Wir möchten unseren Polizeibeamten den Rücken stärken, indem wir die Angebote und Möglichkeiten zur regelmäßigen Teilnahme an Fortbildungs- und Auffrischungsangeboten unserer Landespolizei verbessern.
- Eine Stärkung der Handlungssicherheit dient auch dem Selbstschutz unserer Polizistinnen und Polizisten, was wir angesichts einer zunehmenden Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft als notwendig sehen.

Gute und bedarfsgerechte Ausstattung aller landespolizeilichen Dienststellen

- Wir setzen uns für eine gleich gute und bedarfsgerechte Ausstattung aller Dienststellen unserer Landespolizei ein, beispielsweise sollte jedem Polizisten auch eine Ausrüstung zur medizinische Notversorgung zur Verfügung stehen. Der Dienstherr soll außerdem Mehrkosten nach körperlichen Schäden im Einsatz tragen und eine Rechtsschutzversicherung für seine Mitarbeiter bezahlen.

Für Videoüberwachung öffentlicher Plätze zur besseren Aufklärung von Straftaten

- Häufen sich an bestimmten Orten Straftaten, halten wir eine Kameraüberwachung der entsprechenden Bereiche für eine sinnvolle Möglichkeit, die Aufklärung von Straftaten zu erleichtern. Dies dient erwiesenermaßen auch der Prävention.
- Eine Überwachung muss im Einklang mit dem geltenden Recht erfolgen. Gleichzeitig sind wir gegen eine Überregulierung im Bereich des Datenschutzes, die einer Verhinderung von Straftaten im Wege steht.

Für das Ermöglichen eines schnellen Abschlusses bei Strafverfahren

- Strafgerichtsverfahren sollen 4 Wochen nach Abschluss der Ermittlungen zur Tat gestartet werden und in einem kurzen zeitlichen Abstand zur Tat abgeschlossen sein. Nur so ist den Grundsätzen von General- und Spezialprävention zu genügen. Zugleich würden unnötige „Strafrabatte“ aufgrund langer Verfahrensdauer vermieden.
- Bei Tätern unter Anwendung des Jugendgerichtsgesetzes entsprechen schnelle Verfahrensabschlüsse in besonderer Weise dem Gebot von „Erziehung vor Strafe“. Eine Strafe, die der Tat auf dem Fuß folgt, kann nach kriminologischen Erkenntnissen der Verfestigung von Kriminalitätskarrieren gut entgegenwirken.
- In Fällen einfacher und mittlerer Kriminalität befürworten wir den Ausbau vereinfachter Verfahren. Die bisherigen Erfahrungen mit der Anwendung sollen wissenschaftlich ausgewertet und im Vorfeld einer politischen Entscheidung beachtet werden.
- Die Gerichte und Strafermittlungsbehörden brauchen mehr Personal. Plus 10% ist unser Ziel.

Für eine konsequente Ausschöpfung von Strafmaßen

- Aus Gründen der General- und Spezialprävention müssen Strafurteile der Tat, ihrer Begehung und der Täterpersönlichkeit genügen. Dabei ist auch dem Rechtsfrieden und dem Tatopfer zu genügen. Strafurteile, die von einer breiten Bevölkerungsmehrheit unter Berücksichtigung aller Umstände des Strafrechts als unangemessen angesehen werden, müssen vermieden werden, da sie geeignet sind, das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat zu untergraben.

- Das Kinder- und Jugendstrafrecht muss neu justiert werden. Künftig ist zu begründen, warum eine Strafe zur Bewährung ausgesetzt wird. Wer sich in einem Asylverfahren befindet und straffällig wird, hat sein Gastrecht verwirkt und wird grundsätzlich in Abschiebehaft genommen.
- Für besonders schwere Delikte – wie z.B. Gruppenvergewaltigungen und Drogenhandel und Waffen-/Messerstraftaten – sollen Bewährungsstrafen ausgeschlossen werden.
- Straftaten sind im Fall einer Verurteilung unter Ausschöpfung des jeweiligen Strafrahmens zu würdigen.
- BÜNDNIS DEUTSCHLAND unterstützt die Forderung des Deutschen Richterbundes die Weisungsbefugnis der Justizminister gegenüber Staatsanwälten zu beschränken. Dies dient der Stärkung der Demokratie unter dem Gesichtspunkt der Gewaltenteilung.

Kapitel 3 – Für ein lebenswertes Sachsen

Für unsere Heimat und Kulturregion

- Wir sind stolz auf Sachsen als einer der vielfältigsten und dichtesten Kulturlandschaften Europas. Der kulturelle Reichtum ist über den gesamten Freistaat verteilt, prägt unsere Städte und unseren ländlichen Raum und macht uns zum wichtigsten Kulturreiseziel in Deutschland.
- Als ein Freistaat fordern wir ein Vetorecht im Bundesrat ein.
- Wir stehen zur Tradition eines selbstbewussten Sachsens, das sich seiner Bedeutung als Kulturregion mit bedeutsamer europäischer Geschichte bewusst ist.
- Zum kulturellen Reichtum Sachsens gehören die Sorben, für deren kulturelle Selbstbestimmung wir uns einsetzen.
- Wir bekennen uns zur Europäischen Union als Staatenbund souveräner Staaten und setzen uns aktiv für Sachsens grenzüberschreitende Freundschaft und Partnerschaft mit unseren Nachbarländern Polen und Tschechien ein. Im Ausschuss der Regionen fordern wir als Freistaat ebenfalls ein Vetorecht ein. Die EU muss die Regionen wieder ernstnehmen und Rücksicht nehmen.
- Wir fördern den ländlichen Raum durch eine Neuverteilung der Finanzmittel im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes und sorgen für eine bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse des ländlichen Raums.
- Das Gebäudeenergiegesetz mit Zwangssanierungsvorgaben muss wieder abgeschafft werden

Für eine Politik, die Familien und Kinder fördert

- Eine kinderfreundliche und familienfreundliche Politik ist unerlässlich für die Zukunft unserer Gesellschaft. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die Beruf, Familie und Privatleben miteinander vereinbar machen und stehen für eine stärkere Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse von Familien, Kindern und Jugendlichen. Ein Auditierungsverfahren „Beruf und Familie“ sollte für jeden Arbeitgeber selbstverständlich sein und soll als Prüfsiegel vorzeigbar sein.
- Wir unterstützen eine Betreuung von Kleinkindern im häuslichen Umfeld und setzen uns für eine finanzierbare öffentliche Kinderbetreuung ein.

- Wir setzen uns für die Sicherstellung ausreichender Kita- und Schulplätze in Wohnortnähe durch verbesserte Finanzausstattung der Gemeinden im ländlichen Raum ein.
- Wir unterstützen Sport-, Freizeit- und Lernangebote für Kinder und Jugendliche und fördern die Teilhabe sozial Benachteiligter und behinderter Menschen.

Für eine Politik, die die Lebensleistung von Senioren würdigt

- Die Würdigung der Lebensleistung von Senioren ist für uns eine moralische Verpflichtung, da ältere Menschen durch jahrzehntelange Arbeit, familiäre Verantwortung und soziales Engagement das Fundament für das Wohlergehen und den Fortschritt der jetzigen Gesellschaft gelegt haben. Wir stehen für eine Politik, die die Lebensleistung der älteren Generation angemessen anerkennt und respektiert.
- Das Leben im Alter muss bezahlbar bleiben und auch Rentnern ein aktives Gesellschaftsleben ermöglichen. Es ist Aufgabe der Bundespolitik, sich dieser Aufgabe zu verpflichten und Altersarmut aktiv zu bekämpfen.
- Wir fördern die Teilhabe von Senioren am Gesellschaftsleben durch eine Unterstützung von Hobby- und Sportgruppen, Seniorentreffs sowie durch bessere Möglichkeiten, sich ehrenamtlich einzubringen und andere Menschen von ihrem Wissen und ihrer Lebenserfahrung profitieren zu lassen.
- Wir setzen uns für die Gewährleistung einer wohnortnahen Infrastruktur zur besseren medizinischen Versorgung und eine Bereitstellung von Transportmöglichkeiten und barrierefreien Zugängen zu Arztpraxen und medizinischen Versorgungseinrichtungen ein.
- Wir ermöglichen die Einführung von Seniorenhuttles, um Senioren mit Einschränkungen mehr Mobilität zu ermöglichen.
- Wir unterstützen die gesellschaftliche Teilhabe von Senioren im digitalen Zeitalter durch die Förderung spezifischer Angebote der Wissensvermittlung. Damit einhergehen kann auch eine stärkere Nutzung von Online-Angeboten wie Online-Sprechstunden.
- Wir prüfen Möglichkeiten, Pflegezeit für ältere Familienmitglieder zu ermöglichen und zu unterstützen. Dazu starten wir eine Initiative zur Änderung des Steuerrechts mit Boni, um die häusliche Pflege attraktiver zu machen. Das entlastet zugleich die ambulante und stationäre Pflege.

Für eine Senkung von Steuerbelastungen

- Mehr Netto vom Brutto! Wir stehen für eine Politik, die die Steuer- und Abgabenlast für Bürger und Unternehmer reduziert.
- Wir fordern, dass sich das Land Sachsen im Bundesrat gegen eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer ausspricht, um Doppelbesteuerung zu vermeiden.
- Wir lehnen eine Erhebung von Zweitwohnsitzsteuern in Sachsen ab und prüfen eine Überarbeitung des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes.

Für Eigentum, Bauen und Wohnen

- Wir setzen uns für die Einführung eines auf 15 Jahre bemessenen Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer von beispielsweise 500.000 Euro für Staatsbürger und Daueraufenthaltsberechtigte beim Kauf oder Bau einer selbst genutzten Wohnimmobilie ein.
- Wir überarbeiten das Landesplanungsrecht entsprechend einer Bedarfsplanung, die ein ausreichendes Verhältnis der Interessen zwischen Stadt, Land und Bürgern berücksichtigt.
- Wir möchten städtische Grundstücke als Erbpacht anbieten, um langfristig das städtische Eigentum auch für die nächsten Generationen zu sichern.
- Wir setzen uns für eine Steigerung des Baus von Sozialwohnungen und Studentenwohnungen insbesondere im urbanen Raum ein und unterstützen privaten, sozialen Wohnungsbau mit Anreizen für Investoren – beispielsweise durch erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten und Bürokratieabbau.
- Wir überprüfen weitere Bereitstellungsmöglichkeiten von Flächen für Tiny-Haus-Siedlungen.
- Wir setzen uns für den Erhalt wichtiger Bausubstanz in ländlichen Regionen ein und schaffen Anreize zur Übernahme alter Bausubstanzen. Erwerb und Sanierung leerstehender Gebäude im ländlichen Raum und kleinen Städten wollen wir gezielt durch Klärung der Eigentumsverhältnisse mit Fristablauf beschleunigen. Diese Flächen können die Gemeinden verpachten.
- Wir setzen uns für eine Vereinfachung des Baurechts im ländlichen Raum ein (Außenbereichsbebauung).
- Gemeinden im ländlichen Raum sollen eine gerechtere investive Schlüsselzuweisungen gegenüber den Metropolenregionen erhalten. Zudem

setzen wir uns im Sinne des Nachteilsausgleichs für eine Wirtschaftsförderung für den ländlichen Raum mit höherem Fördersatz als für die Metropolen ein.

- Wir wollen keine Mietpreisbremse mehr in Sachsen. Im ländlichen Raum gibt es genügend leerstehenden Wohnraum.
- Wir setzen uns für gesetzliche Regelungen ein, die einen spekulativen An- und Weiterverkauf von Bau- und Bauerwartungsland unlukrativ machen.
- Wir möchten Denkmalschutzregeln umsichtig lockern, damit Bausubstanz erhalten und saniert wird.
- Wir schaffen Möglichkeiten von Eigenkapitalersatz für den Erwerb selbstgenutzten Wohnimmobilien durch 0,5% oder 1%-Kredite der Sächsischen Aufbaubank (SAB). Künftig soll eine Muskelhypothek (selbst anpacken, Handwerkerleistungen selbst erbringen) bis zu 15% Eigenkapital darstellen können.
- Wir unterstützen den Rückbau von Garagenhöfen zugunsten des städtischen Wohnungsbaus mit kostenneutraler Integration der verlorenen Garagenhofplätze im Rahmen von Neubauten.
- Wir setzen uns für den Bestandsschutz von Kamineinrichtungen in privaten Wohnhäusern ein.

Für eine gute medizinische Versorgung in Stadt und Land

- Wir stehen für eine Verbesserung der Haus- und Facharztversorgung im ländlichen Raum
- Wir fordern die Streichung der Budgetierung als lähmende Zwangsjacke für niedergelassenen Haus- und Fachärzte.
- Jede ärztliche Leistung, die ordnungsgemäß erbracht wurde, muss vollständig bezahlt werden, um ein vernünftiges Wirtschaften bei dem hohen unternehmerischen Risiko zu gewährleisten.
- Hausbesuche sind derzeit unlukrativ und werden von Ärzten vielfach nur noch aus Idealismus angeboten. Wir setzen uns politisch für eine bessere Vergütung von Hausbesuchen ein, die in einer alternden Gesellschaft zunehmend notwendig werden.
- Wir unterstützen die Bildung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ).

- Wir führen nachgelagerte Studiengebühren für das Medizinstudium ein, deren Rückerstattung über 12 Jahre Dienstzeit in Sachsen entfällt. Wir müssen die Abwanderung der Ärzte stoppen.
- Wir befürworten Unternehmensgründungshilfen für Praxen und setzen uns dafür ein, dass eine gute Infrastruktur für Praxen besteht. (Erreichbarkeit mit ÖPNV, Behindertenparkplätze, Apothekennetzwerk).
- Wir heben bürokratische Hürden auf und schaffen bessere Arbeitsbedingungen durch eine Vereinfachung und Digitalisierung von Dokumentations- und Abrechnungsprozessen. Patientenversorgung muss gegenüber Bürokratie Vorrang haben.
- Wir stehen für den Erhalt aller bestehenden Krankenhausstandorte in Sachsen und stationäre Versorgungssicherheit.
- Wir setzen uns für eine Verbesserung der Palliativversorgung (Hospiz, Kinderhospiz) ein.
- Wir beabsichtigen eine Verbesserung der Pflegepersonalsituation und qualitative Erfassung und Bewertung der Bedarfe pflegender Menschen.
- Wenn wir nicht mehr Pflegepersonal in Deutschland gewinnen können, sollten wir Greencards für ausgebildete Pflegerinnen aus anderen Ländern ausgeben und ihnen das Erlernen der deutschen Sprache erleichtern.

Für ein Sachsen der Mobilität

- Vielfältige und attraktive Mobilitätsangebote bedeuten Lebensqualität. Wir unterstützen verkehrsträgerübergreifende, bezahlbare und umweltfreundliche Mobilitätslösungen. Dabei stehen wir für Technologieoffenheit bei Antriebskonzepten und der Integration neuer Mobilitätsformen durch Sharing-Anbieter.
- Ein kontinuierlicher Verkehrsfluss trägt zur effizienten Nutzung der Verkehrsinfrastruktur bei, entlastet die Umwelt und führt zu Zeitersparnissen für Pendler, Geschäftsreisende und Lieferverkehr. Wir verbessern den Verkehrsfluss durch einen beschleunigten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und verkehrspolitischen Maßnahmen. Infrastrukturbaustellen müssen 24/7 bedient werden. Baustellen auf Bundesautobahnen sind ohne Unterbrechung abzuarbeiten. Straßenbaumaßnahmen, die mit dem Tier- und Umweltschutz kollidieren, werden über Konfliktlotsen binnen einer Woche gelöst. Außerdem sollen Kreisverkehre Vorrang vor Ampelschaltungen bekommen.

- Tempolimitierungen, die über die grundsätzlichen Geschwindigkeitsvorgaben hinausgehen, sollten sich auf ausgewiesene Gefahrenstellen beschränken. Eine Drangsalierung von Autofahrern durch übertriebene Verkehrsvorgaben inklusive Schilder-Dschungel lehnen wir ab.
- Wir planen zudem die Sicherung des Bildungstickets für übergreifende Verkehrsverbünde für Schüler und Auszubildende und setzen uns für einen Ausbau von S-Bahn-Netzen in unseren Metropolen ein.
- Wir stehen für eine flächendeckende Verkehrsanbindung aller Regionen Sachsens, einschließlich bisher vernachlässigter Regionen wie Lausitz und Niederschlesien. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Verbesserung der Anbindung an Wirtschafts- und Tourismuszentren benachbarter osteuropäischer Länder ein.
- Wir befürworten den Ausbau der Netzinfrastruktur für E-Mobilität und perspektivisch auch für Wasserstofftankstellen.
- Wir lehnen Verbrennerverbote ab, denn der Markt entscheidet über die bessere Technologie.
- Wir prüfen Rahmenbedingungen, um langfristig den Güterverkehr stärker auf alternative Transportwege zu verlagern.

Für ein Sachsen der Digitalisierung

- Wir wollen den Breitbandausbau und perspektivisch Gigabit-Verbindungen in Kooperation mit der freien Wirtschaft unter Leitung einer staatlichen Digitalagentur mit entsprechender Kompetenz voranbringen und hierdurch auch eine leistungsfähige digitale Infrastruktur in ländlichen Gebieten bis 2028 sicherstellen.
- Wir befürworten Investitionsmittel, um eine kurzfristige Glasfaser-Anbindung von Schulen, Berufsschulen, Berufsakademien, Hochschulen und Behörden zu ermöglichen.
- Wir unterstützen die landesweite Etablierung des 5G-Mobilfunkstandards und die schnelle Beseitigung noch bestehender Mobilfunk-Unterversorgung, vor allem entlang von Verkehrswegen.
- Trotz der inzwischen guten Verfügbarkeit von LTE (Long-Term Evolution) und anderen schnellen Mobilfunktechnologien befürworten wir aufgrund der besseren Verbindungsstabilität und -geschwindigkeit den Ausbau frei zugänglicher WLAN-Netze im öffentlichen Raum.

- Wir möchten die Bürger zur Nutzung staatlicher Digitalangebote im Verwaltungsbereich ermuntern und die Zugänglichkeit erleichtern.

Für ein Sachsen des Sports

- Vom Schulsport über den Breitensport bis hin zum Leistungssport: Sport ist und bleibt ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft und leistet einen enormen Beitrag zu Gesundheit, Persönlichkeitsentwicklung, gesamtgesellschaftlichem Miteinander und Integration. Eine moderne Sportförderung muss dabei der wachsenden Vielseitigkeit des Sports Rechnung tragen.
- Wir unterstützen den Aufbau und die Instandhaltung von öffentlichen Sportanlagen, Cross-Fit-Anlagen und Trimm-Dich-Pfaden in städtischen und ländlichen Parks sowie Sportgeräten auf Spielplätzen, um einfache und barrierefreie Möglichkeiten sportlicher Betätigung zu verbessern.
- Wir prüfen Möglichkeiten zur finanziellen Bezuschussung von Sportvereinsplätzen für Kinder von Bürgergeldempfängern.
- Wir fördern sportliche Arbeitsgemeinschaften (AGs) im Schulbereich durch Trainerzuschüsse.
- Wir erleichtern Kooperationen zwischen dem Schulbereich und Sportvereinen und prüfen außerschulische Vermietungsmöglichkeiten von nicht ausgelasteten Schulsportanlagen.

Für Tier-, Natur- und Verbraucherschutz

- Tiere sind keine Gegenstände. Sie haben Gefühle und sollten nach ethischen Grundsätzen und moralischen Werten behandelt werden. Wir bekennen uns zum Tierschutz und zur adäquaten Tierhaltung.
- Tiertransporte, insbesondere im Transitbereich, sollen auf sächsischen Straßen durch das Bundesamt für Güterverkehr mehr kontrolliert werden.
- Wir setzen uns für eine Förderung regionaler Schlachthöfe ein, die den Anforderungen des Tierschutzes und der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen gerecht werden.
- Auch religiöse Motive sind kein Argument für Tierquälerei. Wir sind für ein generelles Verbot des Schächtens.
- Wir befürworten die Aufstellung eines Konzeptes zur marktgesteuerten schrittweisen Reduzierung der Massentierhaltung und setzen uns für

zusätzliches qualifiziertes Personal im Veterinärbereich und im Bereich Lebensmittelüberwachung ein.

- Seit Jahren sind die Tierheime in Sachsen voll, während die Kosten für Betrieb und Fortbildung steigen. Wir unterstützen die wichtige Arbeit von Tierheimen finanziell über eine neu einzurichtende Stiftung, an der sich auch der Freistaat Sachsen beteiligt.
- Wir setzen uns für eine Ausweitung des Bienenschutzes ein, möchten Imker unterstützen und Blühstreifen am Straßenrand sowie Wildwiesen sichern. Was den Imkern am besten hilft, klären wir bei einem jährlichen „Bienengipfel“.
- Wir möchten interessierten Menschen die Bewirtschaftung von öffentlichen Brachflächen zum Gärtnern ermöglichen.
- Gegenüber dem Bund setzen wir uns für die Abschaffung des 2%-Flächenziels mit landschaftszerstörenden Windkraftanlagen ein.
- Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Kontrollfrequenz von Hygiene- und Lebensmittelkontrollen in Gaststätten, Kantinen, Großküchen und betroffenen öffentlichen Bereichen.

Für einen schlanken und effizienten Staat

- Wir lassen einen sofortigen Kassensturz durch unabhängige Finanzinstitute durchführen und überprüfen bestehende Förderprogramme.
- Wir setzen uns für eine sozialverträgliche Verschlinkung von Ministerien ein und wollen das Regionalministerium wieder mit dem Umweltministerium zusammenführen.
- Ministerien und Landesdirektion werden einer fortlaufenden Aufgabenkritik unterzogen. Im Ergebnis einer sachgerechten Prüfung werden Abläufe, Strukturen und Abteilungen optimiert.
- Zur Erhöhung der Effizienz bauen wir für den Ausbau einer modernen und digitalen Verwaltung.
- Die Anspruchsgrundlage für den Pensionsanspruch sächsischer Staatssekretäre wollen wir reformieren. Diese sollen zukünftig erst nach Vollendung einer Dienstzeit von 5 Jahren einen Pensionsanspruch erhalten.
- Ein Übermaß an Bürokratie ist nicht nur eine Belastung für die Bürger, sondern auch eine Belastung für unseren Haushalt. Wir stellen uns der

Herausforderung des Bürokratieabbaus. Alle Gesetze und Rechtsvorschriften sollen befristet werden. Was sich bewährt, wird verlängert.

- Bei Aufgabenübertragung vom Freistaat Sachsen auf die Kommunen werden die entstehenden Kosten immer verhältnismäßig gleich erstattet. Es muss das Konnexitätsprinzip gelten: Geld folgt der Aufgabe.

Kapitel 4 – Für exzellente Bildungsperspektiven

Für ein Bildungswesen, das auch international an der Spitze ist

- Bildung ist die wichtigste Ressource unseres Landes. Zwar belegt Sachsen laut Bildungsmonitor 2023 national den ersten Platz, doch schneidet Deutschland im internationalen PISA- und OECD-Vergleich 2022 nur mittelmäßig ab. Vor diesem Hintergrund ist ein vorderer nationaler Platz keiner Lorbeeren wert. Um den Abstiegstrend im internationalen Vergleich zu stoppen, bedarf es dringender Reformen in der Bildungspolitik. Sachsen muss seine nationale Vorreiterrolle in Sachen Bildung ausbauen, die Digitalkompetenz und die Unterrichtsversorgung deutlich verbessern.
- Wir führen eine Unterrichts- und Lehrstoffgarantie ein. Unterrichtsausfall wird in Echtzeit öffentlich dokumentiert und statistisch erfasst.
- Wir setzen uns für ein bundesweit einheitliches Schul-, Bildungs- und Prüfungssystem ein, das sich an den drei leistungsstärksten Bundesländern (Bayern, Sachsen, Thüringen) orientiert.
- Wir stellen uns dem Problem des Lehrermangels durch eine Aufstockung des Lehrpersonals. Hierzu verbessern wir die Lehrerwerbung durch gezielte Anreize, befürworten eine Landzulage und das Angebot von Honorarverträgen an pensionierte Lehrer.
- Wir entlasten Lehrpersonal von Verwaltungsarbeiten und Bürokratie durch die Einstellung von mehr Schulassistenten.
- Wir setzen uns für die sachsenweite Einführung der Vorschule mit Kompetenzen Rechnen und Deutsch ein.
- Wir passen die Schulbildung den Herausforderungen der modernen Zeit an, und integrieren die Fächer Medien-, Alltags- und Sozialkompetenz und Achtsamkeitstraining in geeignete Fächer.
- Kompetenzorientierung muss Wissenserwerb ergänzen, nicht ersetzen.
- Wir führen verpflichtend eine landesweite Bildungsapp ein, in der Eltern die Noten einschließlich Notendurchschnitt ihrer Kinder einsehen können.
- Wir fordern Sicherheitskonzepte gegen Gewalt, Diebstähle und Drogen an Schulen. Kommt es zu entsprechenden Vorfällen, sollte die Polizei zu Drogenkontrollen hinzugezogen werden.

- Wir stärken die Schulkonferenzen. Es muss je nach vorhandenem Personal über die Anzahl der ausländischen Integrations- und der Inklusionsschüler entschieden werden.

Für ein leistungsgerechtes Bildungswesen

- Wir setzen uns für den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems ein, da es eine differenzierte und leistungsgerechte Förderung aller Schüler ermöglicht. Der unterschiedlich ausgeprägte Fokus der Schulformen ist keine Schwäche, sondern eine Stärke dieses Bildungssystems. Nicht nur das Abitur ist ein erstrebenswerter Schulabschluss.
- Förder- und Sonderschulen ermöglichen eine gezielte und individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf. Durch die individuelle Unterstützung wird den spezifischen Bedürfnissen besser entsprochen und gesellschaftliche Integration sowie Teilhabe erleichtert. Wir stehen für den Erhalt und Ausbau von Förder- oder Sonderschulen und werden sie wo nötig auch wieder einführen.
- Die Grundschule ist ein Fundament unserer Wissensgesellschaft. Statt Bildungssillusionen und Rechtschreibanarchie bedarf es einer zielgerichteten und durchsetzungsfähigen Schulpädagogik, die den Kindern Schreiben, Rechnen, logisches Denken und motorisches Handeln lehrt.
- Wir stehen zum Prinzip eines durchlässigen Bildungssystems, das den individuellen Bedürfnissen und Potenzialen von Schülern gerecht wird. Das Gymnasium muss dabei eine auf leistungsorientierte Ausbildung ausgerichtete Schulform für Schülerinnen und Schülern mit hohen schulischen Leistungen bleiben.
- Vor der Entscheidung für eine weiterführende Schulform sollte eine zweijährige Evaluation der Leistungsfähigkeit mit halbjährlichen Entwicklungsgesprächen stehen.
- Für einen Lernerfolg ist ein ausreichendes Maß an Deutschkenntnissen notwendig. Sind diese Kenntnisse zum Zeitpunkt einer Einschulung nicht vorhanden, möchten wir der Einschulung ein Förderjahr zum Spracherwerb voranstellen und die Sprachförderung in Vor- und Grundschulen verbessern.
- Wir verbessern die Situation unserer Schulen durch weitere Sozialarbeiter/ Sozialassistenten-Volltagstellen mit einer Schlüsselzuweisung von einem Mitarbeiter je 300 Schüler.
- Wir befürworten Kopfnoten und Schulnoten für alle Klassenstufen.

- Wir fördern Schulen in freier Trägerschaft und eine Entlastung der Elternbeiträge.

Für ein zukunftsorientiertes Bildungswesen

- In Anbetracht der dynamischen Veränderungen in der Gesellschaft und Technologie ist eine Lehrplanentrümpelung notwendig, um sicherzustellen, dass Bildungsinhalte zeitgemäß, relevant und zukunftsorientiert sind. In den Lehrplänen wird wieder ein Pflicht- und ein Kürteil ausgewiesen. Mehr exemplarische Wissensvermittlung ist möglich.
- Wir stehen für eine Verbesserung der digitalen Kompetenz an Schulen. Hierzu müssen Fortbildungsangebote für Lehrer verbessert werden und IT-Unterstützung in Form von Help Desks bereitstehen.
- Auch der moderne Schulbetrieb muss an Bewährtem festhalten. Neue pädagogische Konzepte dürfen nicht gegen das Leistungsprinzip verstoßen. Ihre Etablierung muss einer strengen Prüfungshürde unterworfen werden. Das Neue muss beweisen, dass es besser ist als das Bewährte.
- Wir sind gegen das Konzept einer „papierlosen Schule“.
- Wir stehen für einen Ausbau der praxisnahen Ausbildung. Die Berufsorientierung in Lehrplänen sollte bereits ab Klassenstufe 8 intensiviert werden und Kooperationen mit Unternehmen geprüft werden.
- Die duale Ausbildung ist bewährt und muss zukunftsfähig gefördert werden. Hierzu sind Anreize vorzusehen, mehr Praxispartner zu gewinnen.
- Wissensvermittlung in Steuer- und Finanzfragen soll ein fester Bestandteil der Lehrpläne werden.
- Wir befürworten schulische Kooperationen mit Hochschulen, Betrieben und Kammern.
- Handwerk hat Zukunft: An Oberschulen möchten wir "Handwerkerklassen" für den Nachwuchs im Handwerk etablieren.
- Wir stehen für eine Verbesserung des Zustands und der Ausstattung unserer Schulen. Hierzu gehört ein lerngerechtes Raumklima durch Sonnen- und Wärmeschutz oder Deckenventilatoren, flächendeckende WLAN-Verfügbarkeit mit hoher Bandbreite und eine technische Ausstattung nach zeitgemäßen Standards.

Für einen starken Universitäts- und Forschungsstandort Sachsen

- Mit vier bedeutenden Universitäten, fünf Kunsthochschulen und fünf Hochschulen für angewandte Wissenschaften bietet Sachsen ein breit gefächertes Studienangebot, das von den Geisteswissenschaften bis zu Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik reicht. Wir werden Sachsen als exzellenten Hochschulstandort und Standort von Hochleistungsforschung weiter ausbauen.
- Ein starker Forschungsstandort lebt von Technologiebegeisterung, die wir schon ab Kindesalter fördern.
- Wir priorisieren Forschungsförderung von produktionsorientierter wissenschaftlicher Leistung und unterstützen universitäre Firmenausgründungen.
- Wir bieten Studieninteressierten aus „Entwicklungsländern“ Chancen, von denen auch der Freistaat Sachsen profitiert.

Für ein Bildungswesen ohne ideologische Instrumentalisierung

- Schule ist ein Ort des Lernens, nicht der Indoktrination. Einseitige politische Narrative oder Instrumente eines ideologischen Kulturkampfes – hierzu gehört auch linksideologischer Unsinn wie Gendersprache – haben im Schulbetrieb keine Berechtigung. Wir werden durchsetzen, dass im Schulbetrieb der Beutelsbacher Konsens strikt eingehalten wird. Zudem werden wir im Schulbetrieb verpflichtend die amtliche deutsche Rechtschreibung durchsetzen.
- Die verfassungsrechtlich verbürgte Freiheit von Forschung und Lehre muss bewahrt werden. Wir nehmen nicht hin, dass diese zunehmend unter moralischen oder politischen Vorbehalt gestellt wird. Forschung und Lehre dürfen nicht weltanschaulich oder politisch instrumentalisiert werden.
- Wir stellen uns gegen Konformitätsdruck in der Wissenschaft. Eine Skandalisierung oder Diskreditierung von Wissenschaftlern, die nicht einer Mehrheitsmeinung folgen, ist ebenso verwerflich wie der Versuch, Forschungsvorhaben zu verhindern. Derartige Entwicklungen schaden unserem Wissenschaftsstandort.

Kapitel 5 – Für eine kraftvolle Wirtschaft und einen starken Mittelstand

Für eine zukunftsfähige Arbeitsmarkt- und Standortpolitik

- Wir machen Politik, damit “Made in Germany“ wieder Garant für unseren Wohlstand und weltweit guten Ruf technologischer Spitzenleistungen wird. Sachsen soll hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten.
- Wir führen die Cluster-Politik fort und stehen für die Unterstützung von Schlüsseltechnologien in den Bereichen Leichtbau, Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnologien, Nanotechnologien, Neue Materialien, Neue Antriebe, Fortgeschrittenen Produktionstechnologien, Organische Elektronik, Biotechnologien, Energie/Wasserstoff und Methanol sowie die Luft- und Raumfahrtindustrie.
- Wir wollen die Bearbeitungszeiten für Förderprogramme im Bereich Gründung und Innovationen bei der Sächsischen Aufbaubank (SAB) auf max. 12 Wochen beschränken.
- Wir wollen die Grunderwerbssteuer für Neuansiedlungen von Unternehmen auf 1% absenken.
- Wir setzen uns für eine bessere Netzabdeckung im Freistaat ein.
- Wir setzen uns für eine Arbeitsmarktförderung ein, die regionale Wirtschaftszweige und Schlüsselindustrien stärkt, Existenzgründungen erleichtert und damit die lokale Wirtschaft sowie Beschäftigungsquote ankurbelt. Zu den Möglichkeiten gehören StartUp-Zinsprogramme über die Sächsische Aufbaubank (SAB) mit niedrigen Zinsen und ein Auffangnetz für StartUps, die scheitern. Eine entsprechende Risikobewertung muss die SAB zuvor erstellt haben.
- Gute Arbeitsbedingungen sind ein Standortvorteil. Wir unterstützen unternehmerische Maßnahmen, die die physische und psychische Gesundheit von Arbeitnehmern fördern.

Für die Zukunft unseres Mittelstands

- Kleine und Mittelständische Unternehmen bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft. Daher sollte die Politik deren Arbeit erleichtern und nicht erschweren.
- Unternehmertum und Mittelstand erfahren in Gesellschaft und Politik insgesamt eine zu geringe Wertschätzung. Wir setzen uns dafür ein, dass sich dies wieder ändert.
- Wir unterstützen den Mittelstand und das Handwerk landesweit mit Investitionsförderungen (u.a. mit JTF-Mitteln), Innovationsnetzwerken und einem entsprechenden Fachkräfteprogramm mittels Greencard (Bedarf und konkretes Jobangebot).
- Wir stehen für eine konsequente Entbürokratisierung zugunsten des Mittelstands. Kleine und mittelständische Unternehmen haben nicht die Kapazitäten, überzogenen Meldeverpflichtungen nachzukommen. Der Staat muss nicht über alles Buch führen.
- Das Lieferkettengesetz schafft gewaltige bürokratische Lasten auch für Sachsens Unternehmer. Wir möchten, dass sich der Freistaat Sachsen über den Bundesrat für einen Vermittlungsausschuss einsetzt, um dringend notwendige Änderungen am Lieferkettengesetz vorzunehmen.
- Wir setzen uns für die Einführung des kostenlosen Meisterbriefs im Handwerk ein.
- Wir fördern Unternehmensforen, Messeunterstützung und Kontaktvermittlung sowie Online-Beratungen für Mittelstand und Handwerk.

Für eine prosperierende Landwirtschaft

- Die gegenwärtige Politik setzt die Existenz von Landwirten aufs Spiel. Wir haben Verständnis für den Unmut, der sich in landesweiten Protesten entlädt und stehen für ein politisches Umdenken. Wir betrachten unsere Landwirtschaft als systemrelevant und wollen sie international wettbewerbsfähig halten.
- Die EU unterwirft die Landwirtschaft einem ungeheuren Regulierungswahn. Wir fordern eine Rückübertragung maßgeblicher Entscheidungskompetenzen auf Bund und Länder und stehen für eine Politik, die das freie unternehmerische Handeln von Landwirten wieder möglich macht.

- Landwirte verdienen faire Preise für gute Erzeugnisse. Wir stehen für eine Politik, die Wertschätzung für gute Lebensmittel fördert und sich gegen Preisdumping durch Handelsmonopolisten einsetzt.
- Wir stehen für eine Förderung der regionalen Landwirtschaft und eine Erleichterung regionaler Vermarktung.
- Wir unterstützen die Bereitstellung von Forschungsmitteln für die heimische Förderung von Öl- und Proteinpflanzen.

Für bezahlbare und sichere Energie

- Die Energiewende ist gescheitert. Deutschland hat sich von einem der größten Stromexporteure zu einem Nettoimporteur entwickelt und erlebt statt eines „grünen Wirtschaftswunders“ die Gefahr einer anhaltenden Deindustrialisierung.
- Statt einer von grüner Ideologie geblendeten Energiepolitik, die unseren Wohlstand gefährdet, stehen wir für energiepolitische Sachlichkeit. Hierzu gehört die Einsicht, dass auch die radikalste grüne Energiepolitik nicht im Alleingang das Weltklima rettet und wir unsere Wettbewerbsfähigkeit sichern müssen.
- Von Verbesserungen der Energieeffizienz über die umfassende Digitalisierung der Energieinfrastrukturen, bis zu wegweisenden Innovationen in der Energieerzeugung, darunter Hochenergiespeicher, Wasserstofftechnologien sowie intrinsisch sichere Kernkraftreaktoren und Fusionskraftwerke: Wir bleiben technologieoffen.
- Das Knowhow unseres Helmholtz-Forschungszentrums in Rossendorf darf nicht verloren gehen. Wir unterstützen den schnellsten Weg zu neuen Energiegewinnungsmaßnahmen (grundlastfähig, kostengünstig, nachhaltig und sicher) mit einem Forschungsbonus, den wir mit den Experten vor Ort besprechen.
- Wir unterstützen neben den erneuerbaren Energien, insbesondere Solar und Geothermie auch die Forschung für „Schnelle Brüter“, Kernfusion sowie Konzepten wie Dual Fluid Reaktoren.
- Wir befürworten einen Ausbau der dezentralen Energieversorgung im privaten Sektor und Genossenschaftsmodelle für die Energiegewinnung.
- Wir sind gegen Windkraftanlagen in Waldgebieten oder unzureichendem Abstand zu Wohngebieten.

Kapitel 6 – Für stabile Finanzen und nachhaltiges Haushalten

Für sinnvolle Investitionen und Schuldentilgung

- Wir führen einen Kassensturz für den Freistaat durch. Alle Ausgaben kommen auf den Prüfstand.
- Wir priorisieren Investitionen in innere Sicherheit, Bildung, Forschung, Gesundheitswesen und Infrastruktur als Kernaufgaben des Staates.
- Wir stehen für eine Politik ausgeglichener Haushalte. Neuverschuldung heißen wir nur in Ausnahmefällen und nur in Bereichen gut, die das Potential zur Refinanzierung haben.
- Überschüsse wollen wir zur Schuldentilgung und für einen Investitionsfonds des Landes Sachsen einsetzen.

Für Transparenz im Haushalt

- Wir fordern vollständige Transparenz im Haushalt des Freistaates Sachsen, insbesondere bei Schattenhaushalten und Fonds.
- Wir stehen für eine klare Beschreibung von Haushaltstiteln und eine Begrenzung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit.
- Großprojekte dürfen nicht mehr schönerechnet werden. Teure Fehlschläge müssen ehrlich offengelegt werden.

Für kommunale Eigenständigkeit

- Wir stehen für eine Fortführung des Finanzausgleichs zwischen Freistaat und Kommunen unter Beibehaltung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes.
- Wir sorgen dafür, dass die Kommunen auskömmlich finanziert werden, um mehr finanzielle Autonomie herzustellen.
- Wir unterstützen eine nachhaltige Sicherung der Finanzbedarfe der Kommunen, um über Pflichtaufgaben hinaus auch freiwillige Aufgaben erfüllen zu können.

Für effiziente und zielgerichtete Förderprogramme

- Wir bilanzieren bestehende Förderprogramme und schaffen ineffiziente und bürokratische Förderprogramme des Freistaates ab, um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken.
- Wir sorgen für eine umfassende Nutzung von Fördermitteln des Bundes und der EU.
- Zur Reduzierung des bürokratischen Aufwands in Fördermittelprogrammen sehen wir bessere Wirksamkeitsprüfungen vor.

Für eine Überprüfung von Unternehmensbeteiligungen und Subventionen

- Wir planen eine Prüfung der Sinnhaftigkeit, Wirtschaftlichkeit und Transparenz von Unternehmensbeteiligungen des Freistaates.
- Wir stehen für einen zielgerichteten Abbau nicht notwendiger Beteiligungen oder Einbeziehungen privater Kapitalgeber, um Risiken für Steuerzahler zu begrenzen.
- Wir beabsichtigen eine Überprüfung der bestehenden Subventionsregelungen zur Sicherstellung ihrer Effektivität und Nachhaltigkeit.

Für eine effektive Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Betrug

- Zur effektiven Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Betrug setzen wir uns für eine Ausweitung der Handlungsmöglichkeiten mittels Nutzung der IT-Forensik.



BÜNDNIS DEUTSCHLAND

Knesebeckstraße 62/63
10719 Berlin